

Springer enteignen?

Beiträge zur Diskussion über die Pressekonzentration

Die Ereignisse des 2. Juni im Spiegel der Berliner Presse

In einer von Studenten der Politologie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität herausgegebenen Dokumentation „Demokratie und Presse in Berlin“ wurde die Behauptung aufgestellt, die „Springer-Presse“ habe im Zusammenhang mit den Ereignissen am 2. Juni vorsätzlich Nachrichten unterdrückt oder entstellt. Nachstehend ein Auszug aus einer Untersuchung, die sich mit dieser Dokumentation auseinandersetzt.

Mahler-Pressekonferenz

Der Rechtsbeistand der Witwe Ohnesorgs, des in Untersuchungshaft befindlichen Studenten Fritz Teufel und des Kommunemitglieds Rainer Langhans, Rechtsanwalt Horst Mahler, gab am Sonntag, dem 4. Juni, 20.00 Uhr, auf einer Pressekonferenz die erste nicht behördliche Stellungnahme zu den Demonstrationen vor, in der er auch den Tötungsverlauf — nach Zeugenaussagen — rekonstruierte.

Behauptung der „Dokumentation“: Die Springer-Zeitungen hätten in ihren Montagsausgaben keine Zeile über diese Pressekonferenz veröffentlicht, in den Dienstaussagen nur unzulänglich ihre Leser darüber unterrichtet.

Widersprüchliche Behauptung

Zitat: „Obwohl die erste Agenturmeldung Sonntag erst gegen 22.30 Uhr herauskam, dürfte sie die meisten Zeitungen noch vor Redaktionsschluss erreicht haben“ (Seite 6). Fünf Seiten später ist zu lesen: „Die Aussagen des Rechtsanwalts Mahler auf seiner Pressekonferenz vom Sonntag, ... wurden von dpa so spät gemeldet (22.30 Uhr und 23.15 Uhr), daß sie für die Montagsausgaben wohl nicht mehr berücksichtigt werden konnten.“ Die beiden Behauptungen widersprechen sich.

Ergebnis der Untersuchung

Die BERLINER MORGENPOST erschien am Montag, dem 5. Juni, nicht. WELT, BZ und BILD-ZEITUNG berichteten über die Pressekonferenz nicht, weil in der Tat die dpa-Meldungen für die Montagsausgabe zu spät kamen.

Darüber hinaus: Zu dieser Pressekonferenz war keine einzige der genannten Zeitungen eingeladen worden, was einem Ausschluß dieser Blätter von der Veranstaltung gleichkommt. Dies hätte die Redaktionen veranlassen können, von einer Wiedergabe der Meldung gänzlich abzusehen. Die WELT und die BERLINER MORGENPOST brachten jedoch Auszüge daraus in ihren Dienstaussagen vom 6. Juni 1967, dem frühesten ihnen möglichen Termin.

An diesem Tag hat die WELT 24 Zeilen, die BERLINER MORGENPOST 14 Zeilen nachgezogen. „Nachrichtenpolitik“ haben nicht die Zeitungen der Axel-Springer-Verlagsgruppe getrieben, sondern der Rechtsanwalt Mahler, der durch die Nichteinladung die Chancen einer Veröffentlichung in den genannten Blättern zumindest sehr verringert hat.

Es ist nicht vertretbar, Zeitungen Vorwürfe zu machen, sie berichten nicht, wenn diese Zeitungen Opfer eines Nachrichtenboykotts desjenigen sind, der auf die Berichterstattung Wert legt. Ein solches Verfahren läuft der in der demokratischen Welt geübten Pressepraxis zuwider.

Nach einem anderen Gesetz

BZ und BILD haben die Meldung „Mahler-Pressekonferenz“ am 6. Juni nicht nachgetragen. Als auf-lagenstarke Kaufzeitungen sind sie nach einem anderen Gesetz angetreten als die Abonnementzeitungen, die sich nahezu ausschließlich an einen am politischen Geschehen stark interessierten und engagierten Leserkreis wenden. Die Kaufzeitungen dagegen sind in erster Linie auf die Aktualität ihrer Meldungen bedacht. Sie können nicht Nachrichten wiederholen, die bereits auf andere Weise den Lesern bekanntgeworden sind. Außerdem dürfen heute Zeitungen nicht mehr voraussetzen, daß sie die einzige Informationsquelle sind.

Konventssitzung und Konventsbeschluss

In der „Dokumentation“ heißt es auf Seite 9 zur Berichterstattung über dieses Ereignis: „Die WELT lieferte eine tendenzfreie und umfangreiche Berichterstattung.“ Im Kommentar zu demselben Vorgang, wenige Zeilen darunter, ist zu lesen: „Als einzige der vier Zeitungen scheint sich die WELT um eine tendenzfreie informierende Berichterstattung bemüht zu haben.“

Ein Vergleich der beiden Formulierenden, einmal „lieferte“, zum anderen „scheint sich... bemüht zu haben“, zeigt das Bemühen der Verfasser um negative Interpretation.

Die Nachrichtenpolitik der WELT wird in der „Do-

kumentation“ von der BERLINER MORGENPOST, der BZ und der BILD-ZEITUNG abgehoben. Diesen Blättern wird zwar bescheinigt, daß sie 52 Zeilen (BERLINER MORGENPOST), 58 Zeilen (BZ) und 25 Zeilen (BILD-ZEITUNG) gebracht haben. Gleichzeitig wird jedoch ohne jeden Beweisantritt der Vorwurf erhoben, „daß sie sich an despektierlichen Äußerlichkeiten aufgehalten“ und deshalb „keine profunden Informationen geboten“ haben.

Ergebnis der Untersuchung

Unter den Schlagzeilen „Die Reaktionen an den Hochschulen auf die Berliner Krawalle“, „Erregung und Empörung dauern an“ berichtete die WELT in ihrer Ausgabe vom 6. Juni 1967 137 Zeilen lang über den lebhaften Verlauf der Sitzung des 19. Studentenkonzvents im Henry-Ford-Bau der FU und die nach fünfeinhalbstündiger stürmischer Debatte gefaßte Resolution, in der es heißt: Der Tod des Studenten und die „zynischen Bemerkungen, die die politische Spitze dieser Stadt ihrem Opfer nachrief“, seien unfassbar. In 100 Zeilen werden Auszüge aus der Resolution zitiert.

Die BILD-Zeitung überschreibt die 25-Zeilen-Meldung über die Diskussion zwischen den Professoren und Studenten während der Sitzung mit „sachlich“. Sie zitiert ebenfalls den Kernsatz der Resolution wie die WELT (siehe oben). BZ brachte die Schlagzeilen: „FU-Studenten streiken“; „Die stundenlangen Debatten verliefen sachlich und diszipliniert“. Aus den Ansprachen des 2. AStA-Vorsitzenden Bernhard Wilhelm und von FU-Rektor Professor Dr. Hans-Joachim Lieber werden wichtige Sätze wiedergegeben (Wilhelm bezeichnete die angekündigten Maßnahmen des Senats als „faktische Notstandsübung“) und kommentiert (Lieber „stellte sich auf die Seite der Studenten“). In der BERLINER MORGENPOST wurde auf den FU-Konvent durch eine dreispaltige Schlagzeile hingewiesen: „FU-Konvent fordert den Rücktritt von Albertz.“ Der Bericht ist wie in den

anderen Blättern eine Kurzfassung des Verlaufs der Konventssitzung. Referate und Resolution werden in Auszügen zitiert.

Die Leser der BERLINER MORGENPOST werden durch den Konventsbericht und durch den Beitrag „Drei Versionen über Tod Ohnesorgs“, der auf derselben Seite abgedruckt ist, durchaus in die Lage versetzt, sich ihr Urteil über die Vorgänge zu bilden — ein vorläufiges Urteil selbstverständlich nur —, denn alle Darstellungen sind zunächst Erklärungen der Parteien, nicht aber Ermittlungsergebnisse unparteilicher Dritter. Das trifft auf die Aussagen unparteilicher Zeugen ebenso zu wie auf die Aussagen der in die Ausschreitungen Verwickelten. Bis zum Erscheinen des Berichts des Untersuchungsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Vorfälle am 2. Juni 1967 sollten noch dreieinhalb Monate verstreichen.

Thesen zum Tod von Ohnesorg

Behauptung der „Dokumentation“: Der WELT und der BERLINER MORGENPOST wird bestätigt, daß sie in ihren Ausgaben vom Dienstag, dem 6. Juni, „die vorliegenden Agenturmeldungen voll berücksichtigende Darstellungen“ gebracht hätten. Von BZ und BILD-Zeitung wird dagegen erklärt, sie hätten bis zum Ende der Berichtsperiode keine Gendarstellung zu den amtlichen Verlautbarungen veröffentlicht.

Verschiedene Versionen: Die erste — auch vom „Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 5. Juni 1967 — verbreitete Mitteilung über die Todesursache lautete, der Student Ohnesorg sei an einem Schädelbruch gestorben. Der Obduktionsbefund ergab am Samstag, dem 3. Juni 1967: Schuß in den Hinterkopf. Am selben Tag gab die Polizei zu: Ein Kriminalbeamter habe „in Notwehr von seiner Schußwaffe Gebrauch gemacht“. Senatssprecher Hanns-Peter Herz sagte dazu: „Der Beamte hat einen Warnschuß abgegeben, der als Querschläger Ohnesorg getroffen hat.“ Soweit die offizielle Nachrichtengebung. Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras ließ dagegen durch seinen Rechtsanwalt mitteilen, er habe zwei ungezielte Warnschüsse abgegeben. In einem Interview mit der

Fortsetzung nächste Seite

Schlagzeilen in BILD

In einer vom Presse-Arbeitskreis des Republikanischen Clubs herausgegebenen Broschüre unter dem Titel „Springer enteignen?“ werden auf Seite 19 und 20 Schlagzeilen der Berliner Ausgabe der BILD-Zeitung zitiert, und zwar für den Zeitraum Juli bis September 1967. Nach dieser Broschüre lauteten die BILD-Schlagzeilen vom 1. Juli bis 19. August so:

Juli

1. Mörder und Mörderin heirateten im Zuchthaus Tegel
2. Stefanie Burgmann klagt um 20 000 DM
3. 4-Zentner-Heizkörper stürzte auf zwei Kinder
4. Skandal um Polizeirevier 141: Vier Beamte strafversetzt!
5. Kleinkind ertrank in diesem Planschbecken
6. Bonn: Alles wird halb so schlimm
7. Kiesinger: Wir haben gehandelt, jetzt seid Ihr dran
8. 17jährige überfiel Rentnerin: Sie brauchte Geld für die Hochzeit...
9. Frauenmord! In der Wohnung erdrosselt
10. Wenn Sie den Polizisten verteidigen, bringen wir Ihr Kind um! - Berlin: Anwalt des Kripo-Obermeisters Kurras bedroht
11. Groß-Alarm! Polizei jagte Sittenstrolch
12. Prügel in der Zelle. Aussage-Erpressung
13. Onkel Lou: Man will mich abschießen!
14. 50 Autoverkäufer unter Betrugsverdacht
15. Statt Trinkgeld: Eine Reise nach Amerika!
16. Berliner entführt - als Geisel erschossen
17. So entführte ich mein Opfer
18. Einbruch in die Villa der ermordeten Millionärin
19. Wer rettet den Goldenen Schuß?
20. Liebespaar brach im Auto zusammen
21. US-Negerführer: Die schwarze Revolution hat begonnen
22. Schlagt die Weißen tot!
23. Attentat auf de Gaulle
24. Weltrekordler May flüchtete aus der Zone!
25. (May:) Mein Freund holte mich raus!
26. 4jährige entführt!

August

1. Alfred Krupp starb an Krebs
2. Berliner stöhnen: Diese Hitze macht uns fertig!
3. Klima-Anlage versagte: 20 Angestellte kippten um!

4. Tempelhof: Fluggäste ausgeplündert!
5. Mutter des Opfers: Liefert mir doch diesen Kerl aus!
6. Segler-Kind zum ersten Mal ohne Schwimmweste - Ertrunken!
7. Zeitzunderbomben in der Gedächtniskirche
8. (Wirtschaft atmet auf) Wir kriegen die Kurve!
9. Richter: Wer sich den Führerschein wegnehmen läßt, ist selber schuld
10. Skandal im Krankenhaus Moabit: Tote verschwunden!
11. Kinder fanden 18jährige erwürgt auf dem Spielplatz
12. Frauenmörder: „Ich will meine Mutter nicht sehen!“
13. Berlin-Touristin verschleppt und mißbraucht
14. Berliner Reisebus verunglückt: 1 Tote! Fahrer verhaftet
15. Vorsicht, Tempo 100! Jetzt Vopo-Radar auf der Autobahn
16. Brandt, der „Bruchpilot“
17. 64 deutsche Urlauber verhaftet

Die Schlagzeilen der Hamburger Morgenpost im gleichen Zeitraum lauteten folgendermaßen:

Juli

1. 10 Millionen starten jetzt in den Urlaub — Fahrt noch vorsichtiger!
2. Wehrlose Frauen waren seine Opfer — Dieser Mann ist ein Satan!
3. Wilhelmshavener wollten non-stop nach Österreich — Mutter fuhr ihre Familie in den Tod!
4. Messerstecher wollte den Oberbürgermeister mit Geisel erpressen — 17jährige im Rathaus gefoltert!
5. Mittagsmörder will kein Mitleid: Ich hatte den Strick schon um den Hals!
6. Flammenhölle bei Magdeburg — 79 Tote — Eisenbahn-Katastrophe
7. Ehemaliger Ringer schildert vor Gericht — So fing ich den Mittagsmörder
8. Bankraub bei Neumünster: Polizist kassierte mit Dienstpistole
9. Mit Benzin übergossen und angesteckt — Angeklagter suchte Feuertod im Gerichtssaal

Fortsetzung nächste Seite

Die Ereignisse des 2. Juni

Fortsetzung von der ersten Seite

(Ausgabe vom 7. Juni 1967) sagte Kurras: „Ich bin von einer Personengruppe lebensgefährlich mit Messern bedroht worden. In dieser Notlage griff ich zur Waffe, um Warnschüsse abzugeben. Dabei wurde meine Hand, in der sich die Waffe befand, hin- und hergerissen, und ein Schuß löste sich.“

Ergebnisse der Untersuchung

Die WELT („Die Widersprüche über den Tod sind noch nicht aufgeklärt“) und die BERLINER MORGENPOST („Drei Versionen über den Tod des Studenten Ohnesorg“) veröffentlichten in ihrer Ausgabe vom 6. Juni 1967 die verschiedenen Darstellungen nebeneinander. Die von den offiziellen Stellen gemachten Angaben werden ebenfalls registriert wie die Darstellung, die Rechtsanwalt Mahler nach Zeugnisaussagen von Demonstranten in seiner Pressekonferenz vom Sonntag, dem 4. Juni 1967, gegeben hat. Beide Blätter stellten fest: „Die bisherigen Darstellungen widersprechen sich erheblich.“

Die Frage nach der Veröffentlichung der nichtoffiziellen Todesversionen reduziert sich auf die Frage nach der Berücksichtigung der „Mahler-Pressekonferenz“ (siehe Punkt 1). Die Darstellungen, welche BZ und BILD ihren Lesern von der Erschießung des Studenten gegeben haben, stützten sich weitgehend auf eigene Recherchen, welche mit der amtlichen Notwehr-These übereinstimmten. Das BZ-Interview mit dem Todesschützen schien diese Version zu bestätigen. Am Vortag (Dienstag, dem 6. Juni 1967) hatte das Blatt den Tatverlauf an Hand von Fotos rekonstruiert, die ein BZ-Reporter am Tatort gemacht hat. BZ und BILD veröffentlichten außerdem den offiziellen Obduktionsbefund. Sie informierten ihre Leser gleichzeitig darüber, daß die Gerichte sich mit der Aufklärung der tatsächlichen Vorgänge befassen würden.

Das Verhalten der „kaisertreuen“ Perser

Die Agenturmeldungen, die bis zum Redaktionsschluß vorgelegen haben sollen, sind unklar und geben kein Bild von Umfang und Bedeutung der Zusammenstöße zwischen „schahfreundlichen“ und „schahfeindlichen“ Demonstranten. Wer wen provoziert hat — das wird offengelassen. Das geben selbst die Verfasser der „Dokumentation“ — Seite 14 — zu.

Behauptung der Dokumentation: „Die vier Zeitungen geben eine Darstellung des Verlaufs der Geschehnisse vor dem Rathaus Schöneberg, nach der massive Verbalinjurien und das Malträtieren der Perser mit allerhand Wurfgeschossen seitens der Demonstranten den Anlaß gaben, daß die kaisertreuen Perser in geradezu gerechtfertigter Empörung auf die Demonstranten eindrangen.“

Ergebnis der Untersuchung

Die WELT-Berichterstattung ist widersprüchlich, da sich auch den journalistischen Zeugen das Ereignis offenbar verschieden dargestellt hat. Bereits die WELT-Ausgabe vom Samstag, dem 3. Juni 1967, enthält den Satz:

„Plötzlich springen die Kaisertreuen über die Barrieren, drehen die Plakate um und schlagen mit den Holzstöcken, einer sogar mit einer Stahlrute, auf ihre Widersacher ein...“

Die BERLINER MORGENPOST berichtete in Fettdruck — ebenfalls am 3. Juni 1967: „Vor allem zwischen den Persern selbst, zwischen Schahanhängern und -gegnern, war es zu schweren Schlägereien gekommen, bei denen die Schah-Freunde mit Stöcken und Totschlägern auf die Demonstranten losgingen.“

Ein Foto auf Seite 6 der Ausgabe zeigt die auf Demonstranten einschlagenden „Jubelperser“.

BILD berichtete in einer Bildreportage: „Schah-treue Studenten gingen mit Holzstöcken gegen die Randalierer vor.“ Von diesen heißt es einen Satz vorher: „Radikalinskis warfen Rauchbomben, johlten und grölten ‚Mo, mo Mossadeq!‘ Es wird kein Zweifel daran gelassen, welche der Gruppen mit den Tätlichkeiten den Anfang gemacht hat.“

Die BZ wies am 3. Juni 1967 darauf hin: „Vor der eigentlichen Absperrung standen etwa 80 persische Studenten... Gerade diese schahfreundlichen Demonstranten sorgten für die Verschärfung der ersten Zwischenfälle.“

Nur zu einem Ereignis

Ausgerechnet jedoch die BZ-Berichterstattung wurde in der Dokumentation gerügt, sie habe den Eindruck erwecken können, daß der „normal empfindende“ Berliner — wäre er ähnlich provoziert worden — ebenso gehandelt hätte.

Die Berichterstattung von WELT am SONNTAG wurde nur zu einem einzigen Ereignis in der „Dokumentation“ untersucht: das Verhalten der „kaisertreuen“ Perser. Es wird festgestellt: keine Darstellung.

Die „aktuelle Sonntagszeitung für Deutschland“ berichtete gemäß ihrem Untertitel jedoch über das aktuelle Ereignis: die letzte Station des iranischen Staatsbesuchs in Hamburg. Am Samstag war das Herrscherpaar bereits in der Hansestadt eingetroffen. Über die Vorfälle in Berlin brachte WELT am SONNTAG eine zusammenfassende Darstellung. „Aufhänger“ der Meldung war die Mitteilung: „Ein Kripobeamter, der von Demonstranten lebensgefährlich bedrängt wurde, machte von der Waffe Gebrauch. Das Geschloß tötete den 20jährigen Benno Ohnesorg.“ Dabei wurde die Angabe „lebensgefährlich bedrängt“ ausdrücklich durch An- und Abführung als Aussage Dritter — der Polizei nämlich — sichtbar gemacht. Bei der gedrängten Zusammenfassung „So hatte es begonnen“ in 115 Zeilen fand

Verlag und Druck Axel Springer & Sohn, 1 Berlin 61, Kochstraße 50. Im November 1967.

das Verhalten der Jubelperser allerdings keine Berücksichtigung. Wichtigere Nachrichten — beispielsweise die letzte amtliche Version über den Tod Ohnesorgs — und aktuellere Nachrichten — die Protestkundgebung der Studenten, Haftbefehl gegen Fritz Teufel, der mißglückte Anschlag eines Persers auf den Autokonvoi des Schahs — wurden den Lesern der Zeitung mitgeteilt.

Schlussfolgerungen

Im vorstehenden ist auf die Unzulänglichkeiten der „Dokumentation“ hingewiesen worden. In einigen Fällen geht sie von nicht zutreffenden Voraussetzungen aus, in anderen ist sie unsorgfältig, ferner wird das Bemühen um eine negative Interpretation deutlich. Gelegentlich weist sie auch auf Fehler in der Berichterstattung hin, die besser vermieden worden wären.

Die „Dokumentation“ bleibt jedoch jeden Beweis für ihre Behauptung schuldig, daß „eindeutig zuungunsten einer unbequemen Minderheit“ — der Studenten — berichtet worden wäre.

Es kann auch nicht die Rede davon sein, daß — wie die „Dokumentation“ behauptet — mehr über die äußere Form studentischer Aktionen als über ihre Probleme und Argumente berichtet wurde. Das trifft weder für die WELT noch für die BERLINER MORGENPOST zu. Die Berichterstattung der beiden Kaufzeitungen BZ und BILD unterlag den vorhin geschilderten Gesetzmäßigkeiten. Wieweit die Berichterstattung aller vier Zeitungen durch die Pressepolitik dritter Stellen (der amtlichen Stellen ebenso wie der von Rechtsanwalt Mahler) behindert wurde, wäre gesondert zu untersuchen. Die These vom einheitlich gelenkten Meinungsmonopol, das eine „objektive Berichterstattung der untersuchten Zeitungen „nicht erlaube“, widerlegt die Dokumentation selbst, wenn sie Unterschiede in der Nachrichtengebung der einzelnen Blätter hervorhebt. Was niemanden, der die Konstruktion des VERLAGSHAUSES AXEL SPRINGER kennt, in Erstaunen versetzen mag, scheint die Autoren der Dokumentation zu beeindrucken.

Die Beschränkung der „Dokumentation“ auf die Berichterstattung der Blätter der Axel-Springer-Verlagsgruppe in Berlin kann nicht als wissenschaftlich anerkannt werden. Nach der verkauften Auflage im ersten Quartal 1967 haben zwar die Blätter aus dem VERLAGSHAUS AXEL SPRINGER BERLIN am Markt der in Berlin erscheinenden Blätter (nicht zu verwechseln mit dem Markt der in Berlin gelesenen Blätter) einen Anteil von etwa zwei Drittel. Zu dem in der „Dokumentation“ unberücksichtigt gebliebenen restlichen Drittel kommen aber noch die auch in Berlin verbreiteten Tageszeitungen und Zeitschriften aus dem ganzen Bundesgebiet, die sich in der Studentenfrage ausführlich mit den Vorgängen befaßt haben, hinzu. Die umfangreiche aktuelle Berichterstattung in Rundfunk und Fernsehen gehört ebenfalls zum Gesamtbild des Marktes an Informationen und Meinungen. Sie fand in der „Dokumentation“ überhaupt keinen Niederschlag.

Die Informationen der amtlichen Stellen, auf welche die Zeitungen in erster Linie angewiesen waren, werden von den Verfassern der „Dokumentation“ überhaupt nicht überprüft.

Die Berichtszeit der „Dokumentation“ vom 2. bis einschließlich 10. Juni 1967 ist unzureichend und irreführend. Offenbar wollen die Verfasser der „Dokumentation“ den Eindruck erwecken, es sei ein Urteil über die Objektivität der Presse-Berichterstattung zu einem Komplex möglich, der die Öffentlichkeit noch für Monate, wenn nicht Jahre beschäftigen wird.

Die vollständige Untersuchung über die Berichterstattung der Ereignisse am und nach dem 2. Juni erscheint demnächst unter dem Titel „Studenten und Presse in Berlin“.

Anzeigen, Vertrieb und Jugend-Zeitschriften

Die jetzt erschienene Broschüre des Republikanischen Clubs, „Springer enteignen?“, enthält eine Fülle von Behauptungen, die sich gegen das Haus Springer richten. Bereits auf den ersten Blick ist folgendes dazu zu sagen:

1. Falsch ist die Behauptung, das Verlagshaus Axel Springer sei mit 8,8 Millionen Exemplaren an der Gesamtauflage der deutschen Zeitungen von 21,3 Millionen beteiligt (Seite 4). Die Verfasser der Schrift haben die Auflage des vor einigen Monaten eingestellten „Mittag“ in diese Zahl hineingerechnet und nicht korrigiert, obwohl sie an anderer Stelle die Einstellung des „Mittag“ verzeichnen.

2. Die Verfasser haben nicht den Versuch gemacht, Tages- und Sonntagszeitungen sauber zu trennen. An der Verkaufsaufgabe der Tageszeitungen von 18,2 Millionen Exemplaren ist das Haus Springer mit 5,5 Millionen Exemplaren beteiligt. Das ergibt eine wesentlich andere Relation — einen Unterschied von rund zehn Prozent.

3. Falsch ist die Behauptung, das Verlagshaus Axel Springer habe auf dem Markt der Jugendzeitschriften einen Anteil von 87,7 Prozent (Seite 6). Richtig ist, daß dieser Anteil sich nur auf die bei der „Informations-Gemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW)“ angemeldeten Zeitschriften bezieht. Außer den dort verzeichneten Zeitschriften gibt es Dutzende anderer Jugendzeitschriften. Ihre Aufzählung im „Stamm-Leitfaden für Presse und Werbung“ nimmt elf eng bedruckte Seiten in Anspruch.

4. Falsch ist die Behauptung, die geplante Zeitschrift „Jasmin“ solle mit einer Anfangsaufgabe von über einer Million Exemplaren auf den Markt kommen (Seite 7). Richtig ist vielmehr, daß die Anfangs-

Fortsetzung von der ersten Seite

- Den Freund gekauft — 500 Mark Anzahlung für Mord an Ehefrau
- Skandal bei der Bundeswehr! Heimwehkranker Soldat auf der Flucht erschossen
- Während ihr Mann zwei Kinder rettete — Seemannsfrau starb in der Flammenhölle!
- Hamburger Playboy im Goldrausch — Hier liegen 52 Millionen!
- Hamburger Juwelier erschossen — Der Mörder kam nach Ladenschluß!
- Rohrschneider wollte Schüler verführen — Sittenskandal um HSV-Spieler
- Riesenwirbel nach Sitten-Skandal — 13jähriger entlarvt HSV-Spieler
- Gefuehrter Fernseh-Star gibt nicht auf! — Jetzt fordert Lou Millionen!
- Bus-Unglück an der Ostsee — Tot am Steuer: 46 Kinder in Lebensgefahr
- Urlauber-Express entgleist!
- Mehrere hundert Tote? — Hochzeitsfeier rettet ein Dorf
- Höhere Steuern drohen — Todesurteil für Trabrennsport?
- Negerführer droht „Wir brennen Amerika nieder!“
- Schlacht um Detroit
- 4 Hamburger bei Verden überfallen — Gefoltert auf dem Camping-Platz!
- Ärztin stieß Verletzten vor die Tür
- Sieben Kinder verloren den Vater

August

- Neumünster: Rentnerin schwer verletzt — Bankräuber schossen sich Fluchtweg frei!
- Alarm: Jeder 6. Autverkäufer sagt: „Ich nehme lieber einen Ausländer!“
- Negerführer plant Präsidenten-Mord
- 17jähriger wollte „ganzer Kerl sein“ — Wieder wurde ein Kind ermordet
- Testament eröffnet — Krupp verschenkt seine Millionen
- Urlauber mußten 52 Stunden warten — Skandal bei Charter-Flug!
- Hamburger Richter entschjed: 2 Pfennig für Minister Strauß
- Höhepunkt im Sittenprozeß — Ehefrau beschuldigt 13jährige: Mein Mann war Wachs in Uschis Händen!
- Tochter war Lockvogel — Der Geliebte schoß — Vatermord im Moor
- Mutter der entführten Elke: Die Nächte sind am schlimmsten!
- Nachts kam die Polizei — Razzia auf Gammeler!
- Streit um den kleinen Prinzen — Ehekrise zwischen Claus und Beatrix!
- Triebwerk fiel aus — Brandts Boeing mußte runter!
- Richter fanden kein Urteil!
- Dieser Mann war 5 Minuten tot!
- Aus der Traum vom Lotto-Glück — 6 Richtige, aber keinen Pfennig
- Playboy gewann Mädchen beim Würfeln

Die „Kampagne für Abrüstung“ propagiert den Slogan: „BILD macht dumm“.

Frage: Warum macht nur BILD dumm?

aufgabe dieser Zeitschrift zwischen 500 000 und 600 000 Exemplaren betragen wird.

5. Falsch ist die Behauptung, Springer könne seine Vertriebsverträge ohne weiteres zurückziehen und habe deshalb die Grossisten in der Hand (Seite 9). Richtig ist vielmehr, daß Vertriebsverträge nur unter allergrößten Schwierigkeiten gelöst werden können. Außerdem würde das Verlagshaus Springer sich damit selbst schädigen, denn, wie die Schrift richtig vermerkt, diese Grossisten haben eine regionale Monopolstellung.

6. Falsch ist die Behauptung, Springer habe Grossisten aufgefordert, ein Heft von „Pardon“ nicht auszuliefern (Seite 10). Richtig ist vielmehr, daß einzelne Grossisten von sich aus die Auslieferung des Heftes unterbanden, weil sie seinen Inhalt für grob beleidigend und herabsetzend hielten.

7. Falsch ist die Behauptung, die Wirtschaftsberichterstattung der Zeitungen des Hauses Springer richteten sich nach den Wünschen von Anzeigenkunden (Seite 11). Richtig ist vielmehr, daß Gespräche zwischen Zeitungshäusern und Anzeigenkunden, in denen Meinungen ausgetauscht werden, zur ständigen Übung gehören. Kein größeres deutsches Verlagshaus macht eine Ausnahme. Form, Richtung und Inhalt der Wirtschaftsberichterstattung stehen dabei nicht zur Debatte.

8. Falsch ist die Behauptung, der Verleger der „Eßlinger Zeitung“, Otto W. Bechtle, sei durch den Druckvertrag für „Bild“ in Abhängigkeit vom Verlagshaus Axel Springer geraten (Seite 11). Richtig ist vielmehr, daß die „Eßlinger Zeitung“ bereits jahrzehntelang erschienen war und einen Gewinn erzielte, bevor der Druckvertrag abgeschlossen wurde. Sie kann auch rentabel weitergeführt werden, wenn der Druckvertrag aufgelöst würde.

Kommentare in Zeitungen des Springer-Hauses

Immer wieder werfen Kritiker den Zeitungen des Springer-Hauses vor, sie würden unisono eine politische Haltung vertreten. Daß die Redaktionen völlig unabhängig voneinander arbeiten, wird nicht erwähnt.

Hier einige Beispiele unterschiedlicher Kommentierung.

Zum Thema „Beschlagnahme des Braunbuchs“ auf der Buchmesse in Frankfurt“ schreibt die WELT in ihrem Kommentar am 18. 10. 67 auf Seite 9 unter anderem:

„Vier Tage lang — am fünften, kurz vor dem Ende der Messe, schritt der Frankfurter Amtsrichter Pawlik zur Tat. Er ließ das Buch — aus welchem juristischen oder politischen Antriebe auch immer — konfiszieren. Die Folge: Sämtliche „DDR“-Verlage brachen ihre Stände a tempo ab, und dreißig Verleger aus der Bundesrepublik und dem Ausland sollen protestiert haben.“

Gewiß, Amtsrichter Pawlik hat ein Recht auf seine staatsbürgerlichen Prinzipien. Er ist vermutlich nicht — wie auf improvisierten Pressekonferenzen behauptet wurde — im Auftrag anderer tätig geworden, die das mühsam zusammengebastelte Einvernehmen der beiden deutschen Börsenvereine in Sachen Frankfurter Messe endgültig stören wollen. Vielleicht ging er einer Anzeige nach und meinte, zwangsläufig zu handeln. Ob er aber recht verfuhr oder nicht: Die Frage lautet, ob der Richter keine Möglichkeit hatte, sich von der Zurückhaltung der Betroffenen leiten zu lassen, die gewiß ihre Gründe hatten.“

Die BERLINER MORGENPOST schreibt zum gleichen Thema in der Ausgabe von 18. 10. 67 in ihrem Kommentar auf Seite 2 unter der Überschrift „Scherbenhaufen von Frankfurt“ unter anderem:

„Der absolute Höhepunkt des Frankfurter Spektakels aber wurde erreicht, als gestern einige Verleger den Zonen-Vertretern ihr Bedauern darüber ausdrückten, daß das ‚Braunbuch‘ durch Initiative eines Amtsrichters beschlagnahmt wurde. Diese feinsinnige

ihrer Ausgabe vom 18. 10. 67 unter der Überschrift „Der Richter und das Buch“ unter anderem so:

„BILD meint:

1. Herr Dr. Pawlik soll sich keine Sorgen machen, wenn er Schwierigkeiten bekommen sollte. Viele Menschen in Deutschland, die einfach die Nase voll haben, sich jede Provokation der Kommunisten gefallen zu lassen, werden diesen Richter unterstützen. Während die Staatsanwälte sich tagelang nicht darüber klar werden konnten, ob eine Beleidigung, eine Verleumdung oder einfach eine kommunistische Unverschämtheit vorliegt, hat Dr. Pawlik gehandelt.

2. Wir sind keineswegs immer mit Herrn Lübke einverstanden, aber wir respektieren den freigewählten Bundespräsidenten Deutschlands, ganz gleich, ob er Lübke, Schmidt oder Schulze heißt, ganz gleich, welche Schule oder Zwergschule er besucht hat.

3. Jedes Kind weiß, daß Deutschlands gegenwärtiger Bundespräsident nicht Deutschlands bester Redner ist. Aber ist das ein Grund, zuzulassen, daß er von den Mauermördern mit Dreck beworfen werden darf?

Amtsgerichtsrat Pawlik hat an Stelle von Wortklaubern und Leisetretern gehandelt. Wir danken.“

Richteramt geschädigt

Die WELT schreibt in ihrer Ausgabe vom 20. 10. 67 unter der Überschrift „Pawlik“ unter anderem:

„Diese — im untechnischen Sinne — ‚Amtsanmaßung‘ schädigt, und das bleibt am meisten zu beklagen, zugleich das Ansehen des Richteramtes im ganzen. Der Richter, der seine Aufgabe nicht allein im rechtlichen Wahrspruch sieht, sondern sich als Verfolgungs- und Überführungsorgan mißversteht, untergräbt das Vertrauen in die Unabhängigkeit und Objektivität der Rechtspflege. Allein aus diesem Grund ist die rasche Aufhebung des Pawlikischen Beschlagnahmebeschlusses zu begründen.“

Zum Thema „Kiesinger“ brachte die BILD-Zeitung in ihrer Nummer vom 11. 11. 66 die Schlagzeile „Viel Glück, Herr Kiesinger!“ In einem Kommentar dieser Zeitung vom gleichen Tage heißt es unter anderem:

„Die CDU hat lange gebraucht, aber sie hat schließlich eine gute Wahl getroffen. Unter den gegebenen Verhältnissen war es die beste Wahl.“

Die Fähigkeiten von Kiesinger, seine Leistungen für unseren jungen, demokratischen Staat wiegen mehr als ein politischer Fehltritt vor 33 Jahren.

Und deshalb wünscht BILD ihm Glück. Glück, eine Regierung auf möglichst breiter Basis zustande zu bringen. Eine Regierung, die glaubhaft von sich sagen kann, daß sie das ganze Deutschland gut vertritt.“

Die BERLINER MORGENPOST schreibt am 11. 11. 1966 in ihrem Kommentar unter der Überschrift „Kiesinger — eine Ausflucht“:

„In der CDU/CSU grassiert gegenwärtig in der Tat die galoppierende Schwindsucht. Alle Gruppen und Grüppchen in der Union konkurrieren miteinander, das Falsche zum falschen Zeitpunkt zu tun. Unter schmerzlichen Wehen zerschneidet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dieser Tage das Tisch Tuch zwischen sich und Bundeskanzler Ludwig Erhard. Gestern nun wählte sie Kurt Georg Kiesinger zum Nachfolgekandidaten, einen Mann also, der wie kein anderer Christdemokrat in seinen Stärken und Schwächen als Ebenbild Erhards gelten darf. Das verstehe, wer will.“

Kiesinger ist wie Erhard ein redlicher, liebenswürdiger, von besten Motiven beseelter und populärer Politiker. Er ist ein Mann des Floretts, nicht des schweren Säbels, ein Herr, nicht ein hemdsärmeliger Manager. Nur leider fehlt es ihm an zielstrebigem Energie, an Mut zu raschen Entscheidungen. Wie weiland Erhard neigt Kiesinger zur behäbigen Beobachtung der Dinge, zum Zögern, zum Zaudern, zu Tugenden also, die im Jahre 1955 bei einem Bonner Regierungschef noch hingehen mochten, die heute aber, angesichts des innenpolitischen Scherbenhaufens und der erschreckenden außenpolitischen Isolierung Deutschlands nahezu Untugenden sind.

Permanente Kapitulation

Schon einem ‚starken‘ Kandidaten der CDU/CSU wäre es schwer, bitterschwer gefallen, in den Gesprächen mit der SPD und der FDP die Voraussetzungen für eine Koalition zu schaffen, in der man den Ausgleich des Haushalts und eine Annäherung der gegenseitigen Standpunkte in der Sicherheits-, Ost- und Deutschlandpolitik hätte verwirklichen können. Ein „Zwischenkanzler“ der CDU/CSU, wie ihn Kiesinger verkörpert, wird sich Koalitionen nur mit permanenten Kapitulationen in Sachfragen erkaufen können.

Aber vielleicht erspart eine baldige Koalition SPD/FDP der deutschen Öffentlichkeit den mißlichen Auftritt eines Zwischenkanzlers Kiesinger.“

William S. Schlamme schreibt in der WELT am SONNTAG vom 20. 11. 66 unter anderem:

„Vor gut 30 Jahren war Kurt Georg Kiesinger ein amateurischer Mitläufer der NSDAP und Herbert Wehner ein professioneller Führer der KPD. Heute verhandeln die zwei über Bildung einer neuen deutschen Regierung — und was geschieht? Warnt die liberale Presse Amerikas, Englands und Deutschlands vor dem Exkommunisten? Nein, sie würde das für eine vulgäre Geschmacklosigkeit halten, und zwar mit Recht. Akzeptiert die liberale Presse den amateurischen Mitläufer von 1934 so selbstverständlich wie den professionellen Kommunistenführer von 1934 — nämlich als einen glaubhaften Repräsentanten der deutschen Demokratie? Das wieder auch nicht. Die liberale Presse Amerikas, Englands und Deutschlands erwähnt mit keinem Wort die vergangene Be-

Zitate

Durch aus dem Zusammenhang gerissene Zitate soll der Eindruck erweckt werden, die Zeitungen des Springer-Hauses kommentierten ohne jedes Verständnis für studentische Belange die Ereignisse. Es werden immer nur jene Sätze gewählt, die ein Indiz für absolute Studentenfeindlichkeit darstellen sollen.

An Hand eines Beispiels aus der BERLINER MORGENPOST soll gezeigt werden, wie einseitig zitiert wird.

In einem Kommentar der BERLINER MORGENPOST über das Sit-in vom 22. Juni 1966 hat in der Tat gestanden: „Es ist offener Krieg ausgebrochen, von den Studentenvertretern bis zur letzten Konsequenz angeheizt. Die Straße regiert in Dahlem.“

Es stand in diesem Kommentar aber auch folgender Absatz: „Zweifelloso stellt die Zwangsexmatrikulation — um die es hier in erster Linie geht — einen tiefen Einschnitt in die bisherige Studienordnung dar. Im Bemühen um eine unbedingt notwendige Studienreform kann sie nur eine Notlösung sein. Sie packt das Übel der überlangen Studienzeiten nicht an der Wurzel. Wo eine Erneuerung an Haupt und Gliedern notwendig wäre, wird nur Flickwerk geleistet — einer der immer wieder zu beklagenden Mißstände im deutschen Bildungswesen.“

In der vom Pressearbeitskreis des Republikanischen Clubs herausgegebenen Broschüre heißt es auf Seite 32: „Die MORGENPOST setzt am 13. 2. 66 auf Seite 8 die indirekte Aufforderung zur Aktion gegen die Studenten fort: Wider die Radikalinskas an der FU. Die anderen arbeiten... Kann es sich diese große Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden eigentlich noch länger gefallen lassen, daß sie von einer lächerlich kleinen Gruppe extremistisch und antidemokratisch gestimmter Studenten geradezu terrorisiert wird?“

Der Leser muß annehmen, daß diese zitierten Sätze so in diesem Zusammenhang in der BERLINER MORGENPOST gestanden haben. Das ist nicht der Fall.

„Wider die Radikalinskas an der FU“ — das war die Überschrift dieses Artikels. Der Satz „Die anderen arbeiten“ war eine Zwischenüberschrift. Diese Zwischenüberschrift stand drei Absätze unter dem in der Broschüre anschließend zitierten Satz „Kann es sich...“

sessenheit des reifen Herbert Wehner. Aber sie hält Kurt Georg Kiesinger für einen anzweifelhafte Demokraten — weil er vor 30 Jahren an amateurischem Opportunismus litt.

Diese schwachsinnige Doppelbuchführung wird unerträglich, und kein vernünftiger Deutscher wird sie sich viel länger gefallen lassen. Andererseits werden sich die vernünftigen Leute in Amerika sehr bald der Niedertracht der liberalen Presse genieren. Die vernünftigen Leute der ganzen Welt haben nämlich durchaus begriffen, daß jeder zweite der überlebenden Deutschen, Amerikaner und Engländer vor 30 Jahren entweder ein amateurischer Mitläufer oder ein professioneller Prophet irgendeines Wahnsinns war. Warum? Weil die Welt vor 30 Jahren wahnsinnig gewesen ist.

Wer diese Welt überlebte, hat sich gewandelt. Wehner, der professionelle Kommunistenführer von 1934, ist heute ein legitimer Führer der demokratischen Opposition Deutschlands. Kiesinger, der amateurische Hitler-Mitläufer von 1934, ist ein legitimer Repräsentant der demokratischen deutschen Mehrheitspartei. Alles hat sich zur demokratischen Vernunft gewandelt — nur nicht die liberale Presse. Sie ist so stur, so unfair, so besessen geblieben, wie sie 1934 war.“

Vietnam

Den Zeitungen des Hauses Springer wird immer wieder vorgeworfen, sie berichteten über den Krieg in Vietnam einseitig. Das ist falsch.

Die Nachrichten der den Zeitungen zur Verfügung stehenden Agenturen (AP, UPI, dpa, SAD) werden jeden Tag so ausführlich wie möglich veröffentlicht. Darin unterscheidet sich DIE WELT nicht von der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG, die BERLINER MORGENPOST nicht vom TAGESSPIEGEL, BILD und BZ nicht von der HAMBURGER MORGENPOST, MÜNCHENER ABENDZEITUNG und NACHTDEPESCHE.

Hier nur ein Beispiel für das Bemühen, die Geschehnisse zu verdeutlichen.

DIE WELT brachte in ihrer Ausgabe vom 22. 8. 1967 einen Augenzeugenbericht aus Nordvietnam.

Unter der Schlagzeile „Die Nacht verhüllt den Schrecken“ schilderte Zbigniew Soluba, Mitarbeiter der polnischen Zeitung „Polityka“ in Warschau, seine Eindrücke von einer Reise von Hanoi bis in die IV. Zone Vietnams.

Soluba zieht in dem von der WELT veröffentlichten Artikel unter anderem den Schluß:

„Vietnam ist einfach unbesiegbar. Die Wirtschaft jedes industrialisierten Landes, dessen neuralgischer Punkt die städtische Industrie ist, wäre unter Kriegsbedingungen, wie sie der amerikanische Aggressor gegen Vietnam geschaffen hat, längst paralysiert, was zweifelloso zur Desorganisation aller Gebiete des Lebens geführt hätte. Auf Nordvietnam sind in zweieinhalb Jahren so viele Bomben gefallen wie auf das Reich Hitlers im zweiten Weltkrieg. Diese zweieinhalb Jahre einer Eskalation der Luftaggression haben die Bevölkerung nur härter gemacht und die Methoden ihrer Abwehr und ihres Gegenangriffs nur zu intensivieren vermocht.“

Notstand

Am 16. November 1967 fand in Bonn das zweite öffentliche Hearing zur Notstandsgesetzgebung statt. An diesem Tage kamen vor allem die Vertreter der Gewerkschaften zu Wort, die in Opposition zu der geplanten Gesetzgebung stehen.

Den Zeitungen des Hauses Springer wird vorgeworfen, sie unterstützten eine Notstandsgesetzgebung und sie ließen gegenteilige Meinungen in diesem Zusammenhang kaum zu Wort kommen.

Hier die Zeilenzahl der Berichte in „DIE WELT“, „Frankfurter Allgemeine“, „Der Tagesspiegel“ und „BERLINER MORGENPOST“ in den Ausgaben vom 17. November über das öffentliche Notstandshearing vom 16. November 1967.

DIE WELT (Seite 1 und Seite 6) insgesamt
rund 330 Zeilen
Frankfurter Allgemeine (S. 1 und S. 4) insgesamt
rund 200 Zeilen
Der Tagesspiegel (S. 1 und S. 6) insgesamt
rund 200 Zeilen
BERLINER MORGENPOST (S. 1 und S. 9) insgesamt
rund 400 Zeilen

Reaktion muß erstaunen bei Leuten, die tagelang tatenlos zusahen, als andere Aussteller und Verlage in der unglaublichsten Weise beschimpft und bedroht wurden.

Die morbide Position dieser Zartbesaiteten wird dadurch nicht besser, daß der hessische Generalstaatsanwalt Bauer schon zu Beginn der Messe jede Verunglimpfung und Verleumdung der Bundesrepublik und ihres obersten Repräsentanten im voraus sanktioniert hatte. Gerade Bauer, der durch seine Bemühungen um Aufklärung und nachträgliche Aburteilung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen bekannt geworden ist, wäre in hohem Maße verpflichtet gewesen, Lüge und Terror, gleichgültig aus welchem Lager sie sich hervorwogen, entgegenzutreten. Mit der Beschwerde der Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen die Beschlagnahmeaktion des Amtsrichters Pawlik hat sich jedoch die zur Sachlichkeit verpflichtete Anklagebehörde in peinliche Nähe von Anbetern radikaler Macht begeben, die Schriftsteller einsperren, wenn sie nicht parteikonform und — fromm schreiben.“

Die BZ schreibt ebenfalls am 18. 10. 67 unter der Überschrift „Inspektor sagt: Ein Eiertanz um Pankows ‚Braunbuch‘“ unter anderem:

„Nun aber kam gestern der Amtsrichter Dr. Pawlik auf die Idee, dieses ‚Braunbuch‘ und die Listen mit den Bestellern beschlagnahmen zu lassen. Dagegen legte der hessische Generalstaatsanwalt Beschwerde ein: Nach der Strafprozeßordnung ist dieser Amtsrichter gar nicht zuständig.“

Das Durcheinander war da. Eine Hand weiß nicht mehr, was die andere tut.

Was mich am meisten ärgert, ist die Beschlagnahme der Liste mit den Bestellern. Eine Messe ist zum Bestellen da. Und niemand hatte seltsamerweise etwas gegen dieses ‚Braunbuch‘ einzuwenden. Wer also, aus welchem Interesse auch immer, bestellt hatte — wie steht er jetzt da?

Als ‚Subjekt‘? Als ‚Verdächtiger‘? Als Anwärter für irgendeine schwarze Liste?

Noch einmal: Ich bin gegen den Mißbrauch des Gastrechts durch Pankow. Wenn aber der hohe Hauptbetroffene sich nicht getroffen fühlt — was will der kleine Dr. Pawlik da mit seinem seltsamen Über-eifer?“

Die BILD-Zeitung kommentiert das Ereignis in

Kampagne der Kampagne

Die Konzentration der Angriffe auf das Verlagshaus Axel Springer stellt die Frage nach den Initiatoren der immer heftiger werdenden Kampagne. Die Kräfte scheinen sich um einen Punkt zu sammeln. Dazu liegen zwei Schriftstücke vor, die von der Geschäftsführung des Zentralen Ausschusses der „Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner“ Interessenten zur Verfügung gestellt werden.

Das erste Papier ist ein

„Protokoll über eine Zusammenkunft von Vertretern der Studentenverbände LSD, SHB, SDS, der Allgemeinen Studentenausschüsse der Universitäten Tübingen, Heidelberg, Mainz, Freiburg, Bochum, Frankfurt, TH Hannover, der Studentengewerkschaft Bonn, der Kampagne für Abrüstung, des Republikanischen Clubs und des Berliner Extradienstes. Gegenstand der Beratung war die Kampagne gegen den Springer-Konzern. Die Beratung fand statt am 6. Oktober 1967 in Offenbach.

1. In der Diskussion wurde der Versuch gemacht, Leitlinien der Argumentation festzustellen, die von den unterschiedlichen an der Kampagne gegen den Springer-Konzern beteiligten Gruppierungen akzeptiert werden können. Es wurde darauf hingewiesen, daß sich drei Aspekte unterscheiden lassen:

- ▶ Die generellen Schwierigkeiten für die Pressefreiheit unter den Bedingungen einer Pressestruktur, die auf private Gewinnmaximierung und Konsumwerbung ausgerichtet ist und der Tendenz der Konzentration unterliegt,
- ▶ die spezifische Form der Pressekonzentration in der Bundesrepublik, die nicht zur Konkurrenz mehrerer gleichgewichtiger Zeitungskonzerne, sondern zur eindeutigen und in dieser Weise einmaligen Vormachtstellung des Springer-Konzerns geführt hat,
- ▶ die spezifische politische Tendenz des Springer-Konzerns, die innenpolitisch für autoritäre Verhältnisse, außenpolitisch gegen Entspannung wirkt.

Kampagne mit Entschiedenheit

Die Koalition gegen Springer sollte all jene Kräfte umfassen, die zumindest in ihren Forderungen zu den Punkten 2) und 3) einig und bereit sind, die Kampagne gegen Springer nicht nur etwa unter der Parole „Stoppt Springer“, sondern mit jener Entschiedenheit zu führen, die sich u. a. in der Parole „Enteignet Springer“ ausdrückt...

2. Es wurde festgelegt, daß in den nächsten Monaten zur öffentlichen und internen Meinungsbildung Diskussionen unter dem Motto „Soll Springer enteignet werden?“ veranstaltet werden sollten...

3. Der Berliner Extradienst legt ein Angebot vor für eine Anti-Springer-Zeitung „extrablatt“. Die Westberliner Zeitungen GmbH schlägt vor, eine Ausgabe des „extrablatt“ der Anti-Springer-Kampagne zu widmen. Die GmbH stellt — unter Beratung interessierter Verbände — das „extrablatt“ redaktionell und technisch her. Der Druck soll in Westberlin erfolgen. Die entstehenden Kosten werden von der GmbH vorfinanziert.

In diesem Protokoll werden offen einige Techniken der Kampagne gegen Springer dargelegt. Wie eng die im Protokoll erwähnten Gruppen zusammenarbeiten wollen, geht aus einem weiteren Auszug hervor:

„4. Die Vertreter der Allgemeinen Studentenausschüsse berichten, daß an den Universitäten für das Wintersemester bereits vielfältige Veranstaltungen, Diskussionen und Aktionen in der Kampagne gegen den Springer-Konzern vorbereitet werden.

5. Die Verbände haben folgendes Material zur Verfügung bzw. in Vorbereitung:

Berliner Extradienst, 1 Berlin 15, Wielandstr. 27; Plakette „Enteignet Springer“, Schutzgebühr 2,— DM, bei größeren Abnahmen können Sonderpreise verabredet werden.

Kampagne für Abrüstung, 605 Offenbach 4, Postfach 648; Plakette „Bild macht dumm“, feste Schutzgebühr 1,— DM, bei Abnahme zum Weiterverkauf ab 20 Stück 0,40 DM je Stück. Plakette „Bildung macht frei — BILD macht dumm“, feste Schutzgebühr 1,— DM, bei Abnahme zum Weiterverkauf ab 20 Stück 0,40 DM je Stück. Sonderausgabe der Zeitschrift der Kampagne INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG mit Beiträgen zur Information und Meinungsbildung über den Springer-Konzern, Stückpreis 1,— DM, bei Abnahme zum Weiterverkauf ab 10 Stück 0,35 DM je Stück.

Bei Großabnahmen Sonderpreis

In Vorbereitung: Taschenbuch-Sammelband über den Springer-Konzern erscheint Anfang 1968.

Autoplakette; erscheint im Dezember 1967.
Springer-Report, Montage von Texten, Untersuchungen und Meinungen zu Springer, aufführungsreifer Text; erscheint im Dezember 1967.

Sozialdemokratischer Hochschulbund, 53 Bonn, Noeggeratherstr. 29; Briefaufkleber „Haut dem Springer auf die Finger“, 100 Stück DM 2,50. Plakette „Haut dem Springer auf die Finger“, Stück DM 1,—. Bei Großabnahmen können Sonderpreise vereinbart werden.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund, 6 Frankfurt, Wilhelm-Hauff-Str. 5: Der SDS bereitet eine Dokumentation und ein Plakat vor.

6. Es wird als notwendig erachtet, daß ab sofort ein Verteiler-Büro funktioniert, das Informationen und Materialien der einzelnen Verbände und Gruppen an alle weitergibt. Vorerst wird Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Postfach 648, hiermit beauftragt. Es wird darum gebeten, alle Papiere zur Weiterleitung vorerst in 70facher Ausfertigung an Klaus Vack zu geben...

605 Offenbach, 15. Okt 1967

Für die Protokollführung:

gez. Klaus Vack

* Siehe Personalia

Somit dürften wohl alle Zweifel beseitigt sein, daß es sich bei der Kampagne gegen Springer noch um „spontane Aktionen“ einiger Gruppen handelt. Es bleibt vielmehr festzuhalten, daß die Aktionen einen eindeutig ausgerichteten politischen Charakter haben und daß sie gesteuert werden.

Dazu einige Auszüge aus dem Referat von Dr. Andreas Buro*, das sich unter der Überschrift „Überlegungen zur Springer-Aktion der Kampagne“ mit den ideologischen Zielen beschäftigt:

„Die Beteiligung der Kampagne für Abrüstung an der Aktion ‚Enteignet Springer!‘ ist nicht selbstverständlich. Bisher bestand zwischen den Aktionen der Kampagne und ihrem ausgesprochenen Ziel der Friedenssicherung durch Abrüstung ein unmittelbar einsichtiger Zusammenhang. Dies trifft auch noch für das Auftreten der Kampagne gegen die Notstandsgesetze zu, die auf die Militarisierung der Gesellschaft zielen. Bei der Aktion Springer ist der Zusammenhang zu den Zielen der Kampagne zum Teil jedoch nur mittelbar gegeben, zumindest jedoch nicht unmittelbar für jedermann einsichtig. Für uns folgt daraus, daß wir die Bedeutung des Falles Springer für die Friedenssicherung und Abrüstung herausarbeiten, ferner aber auch unsere Selbstverständigung über die Aktion Springer innerhalb der Kampagne so weit vorantreiben müssen, daß eine wenigstens in den Grundzügen gemeinsame Plattform für diese sicher langfristige Aktion entsteht.“

Dr. Buro schreibt weiter: „Für die Kampagne ergibt sich nun die eingangs gestellte Frage, welchen Inhalt sie ihrer Aktion Springer geben will. Will sie sich mit den allgemeinen Problemen der Neuordnung und Umstrukturierung des Pressewesens in der BRD befassen, oder soll sie sich auf den Fall Springer konzentrieren? Ich trete für eine Konzentration auf den Fall Springer ein, und zwar aus folgenden Gründen: Die Arbeit der Kampagne richtet sich auf die breite Öffentlichkeit. Sie muß daher auch so angelegt sein, daß sie in der breiten Öffentlichkeit verständlich ist. Dies ist nur in dem extremen Fall Springer überzeugend möglich...“

■ Bewährte Arbeitsmethode der Kampagne war es, von der gegenwärtigen Situation auszugehen und hieran anknüpfend nächste Schritte vorzuschlagen. Beispiel hierfür ist das Sofortprogramm. Die ersten Schritte in Sachen Meinungsfreiheit müssen ohne Zweifel auf die Entmachtung Springers gerichtet sein. Hier darf es keine Verzettelung geben. Springer ist der Domino in der Partie und nicht die FAZ, der Rheinische Merkur, Christ und Welt oder die Lokalpresse...

„Die Diktatur am Fuße der Akropolis“

Den Zeitungen des Springer-Hauses wird vorgeworfen, sie würden Regierungen in anderen Ländern, die von undemokratischer Verfassung sind, wohlwollend betrachten oder sie sogar unterstützen. Zum Beispiel Griechenland.

Dazu zwei Textauszüge.

Die BERLINER MORGENPOST schreibt in ihrer Ausgabe vom 23. 8. 67 in ihrem Kommentar unter der Überschrift „Der Gnadenakt“ unter anderem:

„Die Begnadigung des früheren griechischen Außenministers Evangelos Aweroff durch König Konstantin lenkt wieder einmal das Augenmerk auf Griechenland — vier Monate nach dem Offiziersputsch. Auf den ersten Blick ist man geneigt, in dem Gnadenakt einen bemerkenswerten Beweis für die noch immer wirksame Kraft eines gesunden Rechtsgefühls zu sehen.“

Bei längerem Nachdenken wird man nicht umhin können, Verwunderung oder auch Entrüstung über beides zu empfinden, über die Verurteilung aus nichtigem Anlaß (Aweroff hatte mehr als fünf Leute gleichzeitig zu sich nach Hause eingeladen), aber auch über die Freisprechung von der Strafe durch den König. Der letzte demokratische griechische Ministerpräsident Stephanopoulos hatte dies als einen Mangel an objektiven Rechtskriterien bezeichnet. In welchem demokratischen Staat käme schon — selbst bei einem politischen Urteil — ein derartiges Hinwegsetzen über ein Gerichtsurteil durch das Staatsoberhaupt vor.

Man unterstelle ruhig, daß die Offiziere das Beste für Griechenland gewollt haben und noch wollen. Messen muß man sie jedoch an ihren Taten. Sie hätten ein Regiment der nationalen Versöhnung errichten müssen, sollte in Griechenland nicht die Möglichkeit für den demokratischen Weg auf viele Jahre verschüttet werden.

Die Tatsache, daß Tausende noch aus politischen Gründen inhaftiert werden, spricht aber eine andere Sprache. Die Presse ist geknebelt. Von der versprochenen Verfassung hört man nichts mehr. Kaum jemand könnte heute sagen, wie die Offiziere die politischen Verhältnisse in ihrem Lande wirklich gestalten wollen. Möglicherweise wissen sie selbst noch nicht, wie die durch die Machtübernahme erzwungene innere Stabilität in einem wieder demokratischen Griechenland bewahrt werden kann. Aber hierin liegt das Hauptproblem.“

DIE WELT veröffentlichte aus der Feder ihres Chefredaktors, Dr. Bernd Nellessen, in den Ausgaben vom 30. 10. bis 2. 11. 67 eine vierteilige Artikelserie über Griechenland.

Diese Artikelserie trug die Dachzeile „Die Diktatur am Fuße der Akropolis“.

Nachstehend zwei Auszüge aus dieser Serie.

● Nellessen begleitete Innenminister Pattakos auf einer Fahrt durch Westmazedonien. Nellessen schreibt unter anderem: „Wenn Pattakos sprach, wenn er die Front abschritt, Paraden der Veteranen, der Schüler und Pfadfinder abnahm, waren stets neben ihm Bischof und Distriktsgeneral, als wollten sie die Dreifaltigkeit

■ Schließlich noch ein weiterer wichtiger Grund für meinen Vorschlag, die Aktionen der Kampagne auf Springer zu konzentrieren. Springer bedroht nicht nur die Meinungsfreiheit. Er bedroht auch die Existenz der anderen Verlage... Dieser offensichtliche Interessengegensatz muß für die Kampagne gegen Springer erhalten und nutzbar gemacht werden, wenn diese Aktion wirkungsvoll sein soll. Allgemeine und möglicherweise noch nicht einmal sachgerechte Forderungen hinsichtlich einer Neuordnung des gesamten Pressewesens müßten demgegenüber nur dazu führen, daß aus dem Fall Springer eine Einheitsfront der Verleger zum Schutze Springers wird. Damit allerdings hätten wir uns selbst einen argen Bären dienst erwiesen...“

Von verschiedenen Seiten sind Bedenken geäußert worden, daß sich die Kampagne durch die Aktion Springer übernehmen oder verzetteln könne. Diese Bedenken sind sicher nicht leichtzunehmen. Ihnen muß aber entgegen gestellt werden, daß sich die Kampagne im Laufe der Zeit immer mehr mit Fragen wird beschäftigen müssen, die zwar in Zusammenhang mit Friedenssicherung und Abrüstung stehen, aber sie doch nicht unmittelbar betreffen.“

Personalia

Dr. Andreas Buro, Dachau, ist Sprecher des Zentralen Ausschusses der „Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner“.

Klaus Vack ist der Geschäftsführer des Zentralen Ausschusses der „Kampagne für Abrüstung“. Klaus Vack ist gleichzeitig Mitherausgeber von „neue kritik“, Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik, die in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) herausgegeben wird. Neben Klaus Vack zeichnen als Herausgeber dieser Zeitschrift (im Heft August 1967): Wolfgang Abendroth, Erich Eisner, Peter Gäng, Wolfgang Lefèvre, Oskar Negt, Reimut Reiche, Helmut Schauer, Lothar Wolfstätter und Klaus Meschkat.

Dr. Klaus Meschkat ist Assistent am Osteuropa-Institut der FU, Abteilung Osteuropäische Soziologie, gleichzeitig ist Meschkat Vorsitzender des Republikanischen Clubs in Berlin.

Der Mitherausgeber Helmut Schauer hat der „Kampagne für Abrüstung“ einen „Entwurf für Leitsätze zur Kritik autoritärer Meinungsbildung und der Rolle des Springer-Konzerns“ vorgelegt.

Zur Redaktion der Zeitschrift „neue kritik“ gehört Bernhard Blanke, der laut „Berliner Extradienst“ vom 8. November 1967 der „führende Mitarbeiter des vorbereitenden Sekretariats für das geplante Springer-Tribunal“ ist.

staatlicher Macht demonstrieren. Sie bauten, Bischof und General, sich rechts und links von ihm auf, wie monumentale Zeugen jener Wahrheiten, die Pattakos in die Mikrophone hämmerte.

Doch was er über die Marktplätze rief, war Übertreibung, Verfälschung, Lüge. „Nationale Revolution, begangen in eurem Namen“, nannte er, was am 21. April dieses Jahres doch nur ein Putsch von Offizieren aus dem dritten Glied gewesen war. Damit das gegenwärtige System sich um so besser abhebe, beschrieb er die Verderbnis des vorangegangenen. Gewiß war es kein Schmuckstück im Album hellenischer Demokratie gewesen, in den letzten Jahren mehr Anarchie als Liberalismus, mehr Korruption als Sauberkeit.

Nachweisbar auch das Anwachsen einer rebellischen Linken, freilich als Folge der Phantasielosigkeit, mit der die Linke politisch und das Land sozial behandelt worden waren. Doch sowenig der Putsch einem angeblich geplanten kommunistischen Staatsstreich zugekommen war, sowenig auch hatte er Hellas eine glaubwürdigere Gerechtigkeit gebracht.“

● Über die Meinungsfreiheit schreibt Nellessen unter anderem:

„Vor dem Putsch gab es fünfzehn Zeitungen in Athen, von der extremen Rechten bis zur extremen Linken. Acht sind übriggeblieben, nun ist es freilich gleich, welche man liest.“

Das Mittel heißt Zensur

Das Regime läßt den Sinn rücksichtslos entstellend, alles in die Zeitungen einrücken, was ihm dienlich erscheint. Das Mittel, dessen man sich bedient, heißt Zensur; sie ist freilich von besonderer Art. Denn in Griechenland bedeutet Zensur nicht, daß dieser oder jener Artikel verboten wird. Zensur bedeutet die Reglementierung der Zeitungen von der ersten bis zur letzten Spalte. Zensur schreibt den Journalisten nicht vor, was sie nicht veröffentlichen dürfen, sie befiehlt, was sie veröffentlichen müssen. Die Zensur ist total.

Abends um neun werden die Journalisten zum Rapport befohlen und erhalten detaillierte Anweisungen für jede Seite. Verboten ist es, Nachrichten der internationalen Presseagenturen zu verwenden, nur die staatliche Agentur darf den Nachrichtenfluß der Zeitungen speisen.

Um ein Uhr in der Nacht müssen die Seiten noch einmal zur Kontrolle vorgelegt werden. Doch diese Kontrolle ist technischer Art. Die Zensoren haben dazugelernt. Anders als in den ersten Monaten nach dem Putsch sind sie heute darauf bedacht, zumindest in der Optik ihr Diktat zu verschleiern. Sie wechseln Bilder und Überschriften aus, passen in Stil und Duktus die offizielle Meinung dem Typ der Zeitung an. Leitartikel werden nicht in den Redaktionen geschrieben, sondern in der Zensurbehörde verfaßt, es sei denn, der geistige Zuschnitt der Redaktion sei identisch mit dem der Zensoren, wie es beim Sprachrohr des Regimes mit dem schönen Titel „Freie Welt“ der Fall ist.“